

Malediven im Überblick

zusammengestellt von Frederik Lange

Unruhen und Chaos

Die Malediven befinden sich seit Anfang September 2013 in einer Phase der Instabilität. Diese resultiert aus zahlreichen erfolglosen Versuchen der politischen Führung des Landes, eine Entscheidung in der Frage der Präsidentschaftswahl herbeizuführen. Der Oberste Gerichtshof der Malediven hatte das Ergebnis einer Wahl am 7. September annulliert, weil im Wählerverzeichnis angeblich gefälschte Namen und bereits Verstorbene geführt wurden. Die Polizei stoppte später einen zweiten Wahlversuch, da die Kandidaten nicht, wie vorgeschrieben, der Wählerliste zugestimmt hatten. Danach verschob der Gerichtshof die Stichwahl, die eigentlich für den 10. November angesetzt war, auf den 16. November. Als Reaktion der internationalen Gemeinschaft wurde Druck auf den Inselstaat ausgeübt. Die EU hatte vor einem Abdriften in eine autokratische Herrschaft – eine Tendenz, die sich im Nachbarland Sri Lanka ebenfalls abzeichnet – gewarnt und Maßnahmen angekündigt, sollten die Wahlen nicht abgeschlossen werden. Die Amtszeit von Präsident Mohammed Waheed endete somit ohne Nachfolger und ließ das Land in einer politischen Krise zurück. Bereits die Abstimmung im September war vom Verfassungsgericht für ungültig erklärt worden, obwohl alle Beobachter sie als fair und frei bezeichneten. Den zweiten Anlauf im Oktober verhinderte die Polizei unter Berufung auf umstrittene Vorgaben des Gerichts. Somit zeichnet sich ein Bild, in dem demokratische Reformer gegen konservative Kräfte stehen: Erstere, repräsentiert durch den liberalen Menschenrechtsaktivisten und ehemaligen Präsidenten Mohamed Nasheed, erhielten im dritten Anlauf im November zunächst Aufwind, weil Nasheed die meisten Stimmen erreicht hatte. Gleichzeitig verfehlte er jedoch die absolute Mehrheit. Laut Nachrichtenportal *Haveeru* ordnete das oberste Gericht an, der scheidende Waheed solle das Amt weiterführen, bis ein neues Staatsoberhaupt feststeht. Die Abgeordneten hatten sich hingegen dafür ausgesprochen, die Geschäfte dem Parlamentspräsidenten zu übertragen.

Entscheidung bei Präsidentschaftswahl

Nach zahlreichen gescheiterten Wahlversuchen auf den Malediven hat Abdulla Yameen, ein Halbbruder des einstigen Autokraten Gayoom, die Präsidentschaft gewonnen. Gayoom regierte die Inselgruppe 30 Jahre von 1978 bis 2008. In den ersten freien Wahlen unter-

lag er dann dem jetzigen Verlierer Nasheed, der 2012 nach einer Meuterei der Polizei zurücktreten musste und nach Sri Lanka ins Exil ging. Abdulla Yameen erreichte bei der Stichwahl am 16. November dann etwas mehr als 51 Prozent der Stimmen, Mohamed Nasheed musste daher seine Niederlage eingestehen. Er habe seinem Gegner gratuliert, teilte seine Partei MDP mit. Nasheed wurde mit den Worten „Heute ist ein glücklicher Tag für die Malediven.“ zitiert. Er galt vor der Wahl als Favorit und hatte in vorherigen Wahlgängen vorne gelegen. „Das Land braucht Stabilität“, sagte der Gewinner Yameen nach Bekanntgabe des Ergebnisses. Er hoffe, dass man im Parlament nun die erforderliche Unterstützung von Nasheed erhalte. „Statt der Konfrontation zwischen den politischen Führern werden wir die großen Herausforderungen für unser Land angehen“, sagte er zu Reportern in der Hauptstadt Malé. Die politische Instabilität in dem Inselstaat hat auch zu einem deutlichen Rückgang des Tourismus geführt. Im Wahlkampf hatte Yameen versprochen, für Recht und Ordnung einzutreten, die Todesstrafe künftig vollstrecken zu lassen, Haftstrafen zu verlängern und für eine flächendeckende Überwachung der Bürger zu sorgen. Diese Signale können als eine Rückkehr zum radikalen Islam auf den Malediven betrachtet werden. Es bleibt abzuwarten, wie sich die Situation in den Malediven entwickelt.

Malediven droht massive Staatsverschuldung

Die Staatsverschuldung der Malediven wird bis Ende des Jahres 2013 circa 30 Millionen Malediven-Rupien (MVR) erreichen. Das gab der Finanzminister Abdulla Jihad Ende November auf einer Konferenz bekannt. Jihad wies gleichzeitig auf die Notwendigkeit einer neuen Finanz- und Entwicklungspolitik seines Landes hin. Zwar sprechen sich besonders die großen Urlaubsresorts gegen eine Erhöhung von Steuern aus, doch sei in der momentanen Lage kaum eine andere Lösung denkbar.

Starke Fluten in der Hauptstadt Malé

Die Stadtverwaltung Malé hat das Finanzministerium des Landes um die Anweisung von knapp 930.000 MVR gebeten. Mit dem Geld soll ein Projekt zur Behebung der Verwundbarkeit der Stadt gegenüber starken Regenfluten finanziert werden. Malé ist wie viele andere Siedlungen auf den Malediven als Folge der Monsunregenfälle regelmäßig von Überschwemmungen betroffen.